

DER EINFLUSS DER WELTFINANZKRISE AUF DIE GESETZGEBUNG UND VERSICHERUNGSPRAXIS DER EUROPÄISCHEN UNION

1. BANKEN – VERSICHERUNGEN – KRISE

Banken und Versicherungen befinden sich in einer Partnerschaft, die in manchen Bereichen einer Ehe gleicht. Vieles muss gemeinsam erledigt werden. Die Partner-Bank vergibt einen Kredit, der Assekuranzpartner besichert ihn über eine Ablebensrisikoversicherung. Der Bankenvertrieb ist heute eine der wichtigsten Absatzschienen für einfache Versicherungsprodukte. Andererseits zählen die Kapitalanlagen der Assekuranz zu den lukrativsten Bank-Großgeschäften. Die gigantischen Geldreserven beider Branchen ziehen neben seriösen Geschäftsleuten auch immer wieder Abenteurer, Spekulanten und andere "schwarze Schafe" an, die mit Riesenprovisionen Banker und Versicherer für ihre dunklen Geschäfte zu verführen trachten. Wenn Partner ihre Kernkompetenzen in unverantwortlicher Weise zu pflegen aufhören oder in fremden Bereichen "wildern", entstehen mittel- und langfristige Krisen. Egal welcher der Partner "sündigt", immer wird die Partnerschaft in ihrer Gesamtheit geschädigt. Da sowohl Banken als auch Versicherungen von einander abhängige Massengeschäfte mit weitreichenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen betreiben, gibt es in den meisten Staaten behördliche Aufsichts- und Kontrollinstitutionen, die ein geordnetes Mit- und Nebeneinander dieser Branchen gewährleisten sollen.

Der Neoliberalismus mit seinen Deregulierungsmechanismen glaubte - von den USA ausgehend - seit den 1980er Jahren den Finanzdienstleistungssektor zunehmend sich selbst überlassen zu können. Entartungen übelster Natur ließen die Finanzwelt und nunmehr die gesamte Weltwirtschaft in ein Chaos stürzen.

Die Finanzkrise, die derzeit weltweit gravierende Folgen zeigt und leider noch etliche Zeit andauern wird, wurde von den 16 US-Geheimdiensten in einem vor dem US-Senat Mitte Februar 2009 präsentierten Jahresbericht als Gefahr, die größer als der Terror ist, bezeichnet (vgl. Thomas Vieregge, "Wirtschaftskrise als globales Schreckgespenst" in: "Die Presse" v. 14.2.2009, S 8). Die bisherigen Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft wurden mit jenen nach dem 11. September 2001 verglichen.

Ein Netz von kriminellen Drahtziehern war in einem wie im anderen Fall am Werk. Besonders spektakulär ist der finanzielle Crash des Financiers Bernard Madoff, der über 20 Jahre lang mit bis zu über 50 Luftmilliarden jonglierte und "mit imaginären Ikarus Federn" spielte. Die Assekuranz z.B. Lloyds Haftpflicht-Syndikate, dürfte davon einiges qua Berufshaftpflichtpolicen von Fondsverwaltern und externen Prüfern abbekommen. (Philipp Thomas, "Auf- und Abwinde sowie Luftnummern von Madoff und Kim Jong Il", in: "Versicherungswirtschaft" v. 15. 1. 2009, S 114f). Tausende weitere Fälle,

in denen die Assekuranz, Privatpersonen und der Staat (wegen Steuerhinterziehung) in Mitleidenschaft gezogen wurde, beschäftigen die Gerichte.

Die Folgen sind in manchen Sektoren aber als schwerwiegender einzustufen als jene der Weltwirtschaftskrise von 1929. Die gegenwärtige Krise ist nämlich vielschichtig und wegen ihrer einander überlagernden Folgen besonders gefährlich. Sie ist gleichzeitig:

- Veranlagungskrise
- Kreditkrise
- Währungskrise
- Liquiditätskrise
- Produktionskrise
- Rohstoffversorgungskrise
- Ökologische Krise
- und insbesondere Vertrauenskrise.

2. DIE URSACHEN: ÖKONOMISCHE HALBBILDUNG, ÜBERHEBLICHKEIT UND SPEKULATIONEN

Stellt man Fragen nach den Ursachen, so liegen diese nur zu einem geringeren Teil in objektiven ökonomischen Faktoren. Der Wirtschaftsjournalist Peter Rabl stellt dazu fest: "Größenwahn, Fahrlässigkeit, Kriminalität, Dummheit, Gier: Ein ganzes Bündel von Gründen gibt es für die schwere Krise der Weltwirtschaft. Im Zentrum stehen - vor allem - amerikanische Manager, die sich als Herren der Welt fühlten und bezahlen ließen." (Peter Rabl, "Reden über Gehälter ist keine Niederdebatte", in: "Kurier" v. 15. 2.2009, S 2).

Viele Finanzdienstleister Europas fanden an dem freizügig kräftig anmutenden amerikanischen System Gefallen und verließen die altbewährten konservativen (mittel)europäischen Sicherheitsgrundlagen. Auf die Lockerung der strengen Regulierungsvorschriften der EU-Finanzmärkte seit den 1990er Jahren folgte ihre massive Belebung. Es wurden immer mehr Finanzinnovationen (Derivate) geschaffen, welche (kurzfristige) Spekulationen förderten. Gleichzeitig wurde die Altersvorsorge in den USA - und später auch in anderen (europäischen) Ländern - auf Kapitaldeckung umgestellt. Die Grenzen zwischen Banken (deren Kernkompetenz das Spar- und Kreditgeschäft ist) und Versicherungen wurden fließend. Investmentbanken traten als sich in der modernen Finanzwelt besonders versiert gebärdende Marktteilnehmer auf. Allfinanz lautete das neue Zauberwort, in dem jeder Finanzdienstleister alles anbot. Der Aktienmarkt begann zu boomen. Bis Ende der 1990er Jahre stiegen die Kurse auf mehr als das Zehnfache. Gleichzeitig destabilisierten kurzfristige Spekulationen die Wechselkurse und Rohstoffpreise. (Stephan Schulmeister "Wessen Hand war das?", in: "Die Presse/Spectrum" v. 7.2.2009, S 1f)

Unter diesen Bedingungen verlagerten zahlreiche Großunternehmen ihre Investitionen von der Real- in die Finanzveranlagung. Obwohl die Bilanzen immer spektakulärere "Finanzblasen" aufwiesen, blieb das Wirtschaftswachstum insgesamt gesehen schwach und sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Staatsverschuldung stiegen weiter an. Versicherer übernahmen das Risikomanagement für viele fragwürdige Finanzveranlagungen. Die staatlichen Kontrollinstanzen der "stärksten Wirtschaftsmacht der Welt" sahen buchstäblich zu.

Die mahnenden "Rufer" in Europas alteingesessenen Versicherungskonzernen wurden ignoriert. Für die politischen und wissenschaftlichen Doktrinäre des Neoliberalismus wurden Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung als Beweis für die Notwendigkeit weiterer Schritte auf dem "Weg der Freiheit" verwertet: Sparpolitik, Abbau des Sozialstaats, Deregulierung der Märkte und Regelbindung der Politik. Die führenden Köpfe der Sozialdemokratie gesellten sich zu den "fortschrittlichen" Eliten Europas. Gestärkt wurde ihr Zulauf durch die Wissenschaft. Amerikanische und westeuropäische "Größen" entwickelten Modelle, welche die Überlegenheit von Marktlösungen gegenüber der konservativen mitteleuropäischen Sozialpolitik bzw Sozialen Marktwirtschaft "bewiesen".

Auch in allen anderen Kernbereichen des Sozialstaates trieben die Eliten die "Selbsterstörung des europäischen Sozialmodells" voran, von der Altersvorsorge über das Bildungswesen bis zur Krankenversicherung. Die Marktreligiosität der Eliten förderte schließlich die Expansion der freiesten aller Spieler, der Hedge-Fonds. Sie wurden wohlwollend bestaunt und dann realisierte man in Europa noch die "Königs idee" bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge wesentlich höhere Aktienquoten in den Prämienreserven (Deckungsstöcken) inkl. staatlicher Förderungen zuzulassen.

Und siehe da, die Wirklichkeit übertraf die künsten Träume der Reformer: Nachdem die Aktienkurse schon in den 1990er Jahren um fast 20% pro Jahr gestiegen waren, legten sie zwischen 2003 und 2007 noch stärker zu und wuchsen um fast 40% pro Jahr. Auf ähnliche Weise machten die Immobilienmärkte die Hausbesitzer immer reicher. Für eine wachsende Zahl von Versicherungs-bossen wurde das kasinokapitalistische Spiel an der Börse interessanter und verlockender als der Wettlauf um neue Versicherungsverträge. Um jeden Preis technische Gewinne aus dem Versicherungsgeschäft erzielen zu müssen, galt als veraltete kurzsichtige Auffassung, solange die Renditen aus Veranlagungen und Börsenspekulationen alle Prognosen übertrafen. Den konservativen "eurosκληrotischen" Ökonomen, die zur Besinnung und Konzentration der Versicherer auf ihre Kernkompetenzen aufriefen, wurde zynisch vor Augen geführt, wozu die "unsichtbare Hand der amerikophilen Finanzmärkte" imstande ist.

Mit anderen Worten wurde auch für Zentraleuropa verkündet, dass die Regel "Mehr privat, weniger Staat" oder "Der Markt hat immer recht" ein Zeitalter beständigen Wohlstands einleiten könne. Die kühnsten Abenteurer und Spekulanten (z.B. Madoff) kreierte Pyramidenspiele, an denen sich leider auch seriöse europäische Häuser beteiligten.

3. DAS BÖSE ERWACHEN

Anfang 2007 setzte die "Schubumkehr" in der Vermögensbewertung ein: Die Immobilienpreise begannen in den USA zu fallen, immer mehr "Häuslbauer" konnten ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen. Die steigende Zahl an Zwangsversteigerungen drückte die Preise weiter. Mitte 2007 brach dann eine tiefgehende Kreditkrise aus, die sich rasch auf Europa und Länder anderer Kontinen-

te ausbreitete, da diese massenweise "mortgage backed securities" gekauft hatten. Damit begannen auch die Aktienkurse weltweit zu sinken. Trotz dieser Alarmsignale blieben die neoliberalen Wirtschaftsexperten unbekümmert und erklärten noch im Frühjahr 2008: "eine Rezession für Europa sei auszuschließen" (vgl. Schulmeister a.a.O, S 2).

Nach dem Ausbruch der Kreditkrise ließen Hedge-Fonds und Banken (wie Morgan Stanley, Deutsche Bank etc) ihr Geld zunehmend auf den Märkten für Rohstoffderivate "arbeiten", nämlich durch Spekulation auf weiter steigende Preise. Bis Mitte 2008 stiegen die Rohstoffpreise auf das Doppelte. Die "Großökonomien" erklärten dies als unvermeidliche Folge effizienter Märkte. Andere naive oder "gekaufte" Autoren argumentierten damit, dass sich das Ende der weltweiten Rohölreserven eingeleitet werde und somit einer steigenden Nachfrage ein allmählich zur Neige gehendes und sich vertuerndes Rohöl-Angebot gegenüberstünde. Der gestiegene Rohölpreis beschleunigte die Inflation und die Konjunktur begann in immer mehr Branchen einzubrechen.

Damit war der jahrelange "Aufbau" des Potentials für die neue Weltwirtschaftskrise abgeschlossen. Seit Mitte 2008 verfallen gleichzeitig Immobilienpreise, Aktienkurse und Rohstoffpreise in einem viel rascheren Tempo als nach dem Schwarzen Freitag von 1929: Die Aktienkurse sind in elf Monaten weltweit um etwa 50% gefallen, die Rohstoffpreise in vier Monaten um fast 60%. Dieser Entwertungsprozess lässt gemeinsam mit dem Verfall der Immobilienpreise große Teile des Vermögens von Banken, Versicherern, anderen Unternehmen und Haushalten wegschmelzen. Die Realwirtschaft wird in mehreren Wellen erfasst: Die Haushalte und Unternehmen senken ihre Nachfrage, weil ihre Vermögen entwertet wurden und sich ihre Wirtschaftserwartungen massiv verschlechtern. Die im Aufbau befindlichen (süd)osteuropäischen Märkte erhalten nur zu erschwerten Bedingungen oder überhaupt keine Kredite. Damit steigt in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit und sinkt die heimische Nachfrage. Aber auch die in diesen Ländern tätigen mitteleuropäischen Firmen verlieren durch den Auftragsstop oder Liquiditätskrisen der Auftraggeber "den Boden unter den Füßen."

Dass die (Finanz)Krise an der Versicherungsbranche nicht spurlos vorübergehen würde, war für versierte Insider abzusehen. Das tatsächliche Ausmaß des Abschwungs übertrifft jedoch die Prognosen in erschreckender Weise. Allein von Jänner bis November 2008 verlor die weltweite Assekuranz rund die Hälfte ihres Börsenwerts. Während reine Sachversicherer einen Einbruch von 32% verbuchten, büßten Lebensversicherungsgesellschaften 57% und Allspartenversicherer sogar 62% ihrer Marktkapitalisierung ein (Gunther Schwarz und Ulrich Stephan "Vorbereitung auf die nächste Wachstumsphase", in: "Versicherungswirtschaft" v. 1.1.2009, str. 27f. Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe 2009, S 27f).

4. EUROPÄISCHE ASSEKURANZ BESSER ALS AMERIKANISCHE

Im September 2008 wurde über die US-Presse bekannt, dass der einst weltgrößte Versicherungskonzern AIG zwangsweise verstaatlicht und mit einem Rettungspaket von 150 Mrd US-Dollar vor dem Niedergang gerettet werden müsse. Die Aufteilung bzw. Zerschlagung des internationalen Geschäfts läuft seit Jahresbeginn 2009 auf vollen Touren. Unterdessen sind neue Finanzlöcher, die im Rettungspaket noch nicht erfasst waren, aufgetaucht. Kreditversicherungen im Ausmaß von 72 Mrd US-Dollar wurden ohne Rückstellungen abgeschlossen. Kritiker meinen dazu, AIG habe schlichtweg

Wetten abgeschlossen, für die der Versicherer nun mehreren Kredithäusern der Wall Street zweistellige Milliardenbeträge schulde. Einstweilen wurde der frühere CEO der Gen Re (Rückversicherungsgesellschaft) von einem US-Gericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte sich 2000/2001 an dubiosen Finanzgeschäften mit AIG beteiligt, durch welche ein Schaden von 600 Mio US-Dollar entstand. Die Reihe der Verfehlungen in der US-Assekuranz ließe sich fortsetzen, und hat das Vertrauen in die Führungskräfte vieler Versicherer getrübt.

Eine von der Unternehmensberatung Towers Perrin gegen Ende 2008 erstellte Studie (vgl. dazu: "Europäische Versicherer am fortschrittlichsten" in: "Versicherungswirtschaft" v. 1.1.2009, S 36f) kommt zum Ergebnis, dass europäische Versicherer hinsichtlich Stabilität allen Konkurrenten eine Nasenlänge voraus sind, nicht zuletzt durch die Bemühungen im Rahmen von Solvency II. Die europäischen Versicherer haben unter der Bankenkrise zu leiden, müssen aber nicht um ihre Existenz bangen. Anders als Banken haben Europas Versicherer keine Liquiditäts-Risiken, betont die Rating-Agentur Standard&Poor's. Dennoch muss eine Reihe von Versicherern mit einer schlechteren Bonitätsnote zurechtkommen. (o.A., "Segen der Liquidität", in "Versicherungswirtschaft" v. 1.1.09, S 35)

5. VERTRAUENSKRISE UND RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG

Die Versicherer verzeichnen im Straf- und Vermögensschaden-Rechtsschutz seit dem letzten Quartal 2008 eine deutliche Zunahme von Schadensmeldungen enttäuschter Anleger, die Ansprüche gegen Banken und Anlageberater geltend machen wollen. Zum anderen lässt sich feststellen, dass die Finanzkrise für viele Manager zur persönlichen Krise wurde bzw. wird. Dies bedeutet konkret (Interview mit Ludwig Strobl, Vertriebsdirektor der Roland-Rechtsschutz-Versicherungs AG, in: "AssCompact", Dezember 2008, S 38): Strafverfahren und persönliche Haftung für Wertverluste bei Kapitalanlagen. Der Vorwurf des strafrechtlichen Vorsatzdeliktes der Untreue gegen Vorstände oder Geschäftsführer z.B. wegen zu spekulativer Anlage von Firmengeldern mutiert derzeit zur Allzweckwaffe von Strafverfolgern. Die Anwaltskosten, die dadurch entstehen, sind sehr schnell im fünf- oder sechsstelligen Bereich. Vor allem die Prüfung, in welcher Form den Anlegern gegenüber nicht eingehaltene Garantien abgegeben wurden, ist für die Haftungsfrage der betroffenen Unternehmen und im Hinblick auf Regresse gegen Manager zeit- und kostenaufwendig.

6. NEUE INVESTMENTPOLITIK DER ASSEKURANZ

Die Insolvenz von "Lehmann Brothers" kann als deutliche Zäsur für die Investmentpolitik von Versicherungen gelten. Infolge der Insolvenz gelten jetzt auch Unternehmensanleihen als "toxische" Anlagen mit entsprechend hohen Risikoaufschlägen. Fast alle Versicherungen setzen seit Herbst 2008 die Reduzierung der Aktienquote fort, teilweise fast auf Null. Als Folge des anhaltenden Abbaus der Aktienquoten würde in Zukunft eher die Entwicklung von ABS oder Unternehmensanleihen über die Entwicklung von Versicherungen entscheiden, d.h. eine gewisse Abkoppelung der Versicherungsaktien vom breiten Aktienmarkt sei wahrscheinlich, heißt es in der WestLB-Studie. Generell schätzen die Analysten die Risikoreduktion im Anlageportfolio europäischer Versicherungen als richtig und notwendig ein, vor allem vor dem Hintergrund, dass momentan ein etwaiger Kapitalbedarf nicht über

den Kapitalmarkt gedeckt werden kann. (o.A, "Das Dilemma mit der Kapitalanlage" in: "Versicherungswirtschaft" Nr. 3/2009, S.174)

Die Lebensversicherungen sieht die Studie momentan vor einem besonderem Dilemma. Während alle risikoreichen Anlageklassen, insbesondere Unternehmensanleihen momentan hohe Renditen (zumindest wenn man sie nicht risikoadjustiert betrachtet) bieten, ist die Risikotragfähigkeit dagegen nach Ansicht der Analysten nicht ausreichend, um die Allocation in riskanten Assetklassen weiter zu steigern. Als Folge werde eine steigende Nachfrage nach Staatsanleihen gesehen, welche teilweise Renditen unter dem Niveau der zu erzielenden Garantieverzinsung aufweisen. ("Versicherungswirtschaft" Nr 3/2009, a.a.O S.174).

7. STEIGERUNG ETHISCHER WERTE ZUR VERTRAUENSBIILDUNG

Nicht zuletzt gilt es bei aller Versicherungstechnik dem "Faktor Mensch" und seinem ethischen Verhalten wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Gerade in Beratungsfragen, welche die "unsichtbare Ware" Versicherung betreffen, ist die Reaktion des Publikums auf Halbwahrheiten scharf. So schrieb die österreichische Tageszeitung "Die Presse" (o. A "Beschwerden über AWD häufen sich", in: "Die Presse" v. 24.2.09, S 23): "Beim Verein für Konsumenteninformation (VKI) melden sich immer mehr Anleger, die sich vom Finanzdienstleister AWD geschädigt fühlen. Ihnen sollen Papiere der Immobiliengesellschaften Immofinanz und Immoeast mit den Worten 'sicher wie ein Sparbuch' angeboten worden sein. Inzwischen sind die Aktien nurmehr einen Bruchteil des Kaufpreises wert. Die erste Welle von Sammelklagen soll im Mai eingebracht werden." Im schwierigen Wirtschaftsjahr 2009 wird immer mehr deutlich, wie wichtig ein guter Mitarbeiterstab ist. Teambuilding, Unternehmenswerte und Mitarbeitermotivation entwickeln sich zu Begriffen, denen im Wirtschaftsleben immer mehr Bedeutung beigemessen wird. Aber auch der Gesetzgeber ist gefordert, durch neue Rahmengesetze und verschärfte Kontrollen Spekulationen und Wirtschaftskriminalität zu erschweren und letztlich unrentabel zu machen.

7. 1 ERWEITERTE WETTBEWERBSREGELN DES DEUTSCHEN MAKLERVERBANDES

Der Verband deutscher Versicherungsmakler e.V. erweiterte im letzten Quartal 2008 seinen Code of Conduct (VDVM–Wettbewerbsregeln) zum Zweck verstärkter Vertrauensbildung. Im folgenden werden die einleitenden Passagen wiedergegeben (entnommen o. A "Was Maklern im Wettbewerb nicht gestattet ist", in: Versicherungswirtschaft Nr 1/2009 v. 1.1. 09, S 67): Der VDVM-Makler wird sich stets dafür einsetzen, dass das Ansehen des Berufsstands des Versicherungsmaklers in der Öffentlichkeit gefördert wird. Er wird jede Handlung unterlassen, die Anstand und Sitte im geschäftlichen Verkehr verletzt oder die mit den Grundätzen des lautereren Wettbewerbs oder den Gepflogenheiten im Versicherungs(-makler) gewerbe nicht im Einklang steht.

1.Fairer Leistungswettbewerb:

Der Wettbewerb in der Versicherungswirtschaft insgesamt und der VDVM-Makler beruht auf dem Leistungsprinzip und darf nur sachlich mit ehrlichen und anständigen Mitteln geführt werden (vgl. § 3 Nr. 1 Abs. 4 VDVM-Satzung).

2. Sicherung des Vertrauens in die Versicherungswirtschaft und Wahrung der guten kaufmännischen Sitten:

Da die Versicherungswirtschaft und speziell die Versicherungsmakler auf Vertrauen angewiesen sind, muss im Wettbewerb alles vermieden werden, was geeignet sein könnte, dieses Vertrauen zu stören. Der Versicherungsmakler hat wegen seiner besonderen Aufgabenstellung auch zur Funktionsfähigkeit des gesamten Versicherungsmarkts beizutragen (vgl. § 3 Nr. 1 Abs. 3 VDVM-Satzung). Versicherungsmakler, Versicherungsunternehmen und Versicherungsvertreter haben untereinander sowie gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber dem Verbraucher, darauf zu achten, dass die guten kaufmännischen Sitten und damit das Ansehen der gesamten Versicherungswirtschaft und das von einzelnen Berufsangehörigen gewahrt bleiben.

3. Verbot der Verunglimpfung:

Im Wettbewerb unterbleiben unwahre oder herabsetzende Äußerungen direkter und indirekter Art über andere Marktteilnehmer, z. B. über Versicherungsmakler und deren Dienstleistungen oder über Konkurrenzprodukte.

8. REFORMPROZESS FÜR EINE NEUE WELTFINANZARCHITEKTUR

Ersten Hochrechnungen zufolge kam es im Jahr 2008 auf den Kapitalmärkten zu einer Wertvernichtung von rund 23 Billionen Euro. Die Börsenindizes verloren 35 bis 70% ihres Wertes (Richard Wiens, "minus 23.000.000.000.000 Euro" in: "Die Presse" v. 24.2.2009/Beilage "energy 1.09" S 4).

Nur ein globaler Aktionsplan vermag

- das weitere Expandieren der Krise einzudämmen,
- eine künftige Wiederholung derartig kompakter Fehlsteuerungen zu verhindern,
- kriminelle oder volkswirtschaftlich schädliche Handlungen in der Entstehungsphase zu blockieren.

Die konservativen europäischen Steuerungs- und Kontrollsysteme des Banken- und Versicherungswesens erleben eine Renaissance und werden - kombiniert mit neuen IT-Techniken - im Kampf gegen den Vertrauensschwund in das globale westliche Finanz- und Wirtschaftssystem eingesetzt.

"Mehr Staat im Kontrollbereich, von den Unternehmensgründungen oder -umstrukturierungen über Produktgestaltung bis hin zur Rechnungslegung", lautet die Devise. Die Bankenwelt hat weltweit vor Augen geführt, dass sie für ein liberales System der Selbstkontrolle und des Risikomanagements ungeeignet ist. Sie wird sich massive staatliche Aufsicht und gesetzliche Rahmenbedingungen in den nächsten Jahrzehnten gefallen lassen müssen. Auf dem 44. Präsidenten der USA ruhen die

Hoffnungen, dass an die Stelle amerikanischer Präpotenz der Wille zu Kooperation mit der EU in der Krisenbewältigung treten.

9. NEUE FINANZMARKTREGELN UND INTERNATIONALE ABKOMMEN

Schon Adam Smith forderte, dass jeder Bürger zum Steuereinkommen beitragen soll und zwar "im Verhältnis zu dem er Einkommen als Ergebnis des vom Staat zur Verfügung gestellten Schutzes erzielt."

9. 1 AUSTROCKNEN VON STEUEROASEN, AUFHEBEN DES BANK- UND STEUERGEHEIMNISSES

Im Globalisierungszeitalter und unter der Voraussetzung der Mobilität von Arbeitskräften, Unternehmen und Kapital erfordert dies volle Information und öffentliche Einsicht darüber, wo wirtschaftliche Aktivitäten stattfinden. Steueroasen, Bank- und Steuergeheimnis stehen diesem Prinzip entgegen. Dies führt dazu, dass in den Industrieländern ein immer größerer Teil der Steuerlast auf die arbeitende Mittelschicht entfällt, da reiche bzw. in internationalen Geldgeschäften versierte Bürgerinnen und Unternehmen legal (und manchmal auch illegal) die Komplexitäten und länderweisen Unterschiede des modernen Steuerrechts zu ihren Gunsten und zu Ungunsten des Staates mit Hilfe einer riesigen "Steuervermeidungsindustrie" ausnutzen können. In ärmeren Ländern fehlt dadurch das erforderliche Steueraufkommen zur Bewältigung der riesigen Aufgaben in Richtung Armutsbekämpfung, Ausbildung, Gesundheitsvorsorge, Infrastruktur etc. (Kurt Bayer, "Schafft das Banken- und Steuergeheimnis ab!", in: "Der Standard" v. 19.2. 2009, S 39). Fehlleitung von Kapitalflüssen, Steuhinterziehung, Geldwäsche u.ä. sind die Folge - und damit wichtige Mitverursacher der Finanzkrise.

Nach Vorstößen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und EU im Februar 2009 sehen die Pläne für eine neu Weltfinanzarchitektur die Aufhebung der verfassungsmäßig abgesicherten Verschwiegenheitspflicht vor. Damit kommt das vor allem in der Schweiz, Österreich, Luxemburg und Belgien existierende Bankgeheimnis unter Druck. Erhöht wird der Druck durch die Freigabe von amerikanischen Kundendaten durch die Schweizer Großbank UBS an die US-Behörden. Zunächst hatte sich UBS mit der US-Justiz auf die Zahlung einer Strafe von 780 Millionen US-Dollar und die Herausgabe von Daten über 300 reiche Verdächtige verständigt. Über eine Zivilklage in Florida wird der Druck auf UBS erhöht, um das Schweizer Institut zur Herausgabe von rund 52 000 Kundendaten Verdächtiger zu zwingen.

In Berlin einigten sich am 23. 2. die acht wichtigsten Industriestaaten (G8) mit den größten Schwellenländern auf lückenlose weltweite Kontrollen der Finanzmärkte als Lehre aus der grassierenden Finanzkrise.

Im "Berliner-Papier" sind neben OECD-Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption auch einschlägige Bestimmungen zur Kooperation in Steurangelegenheiten enthalten. Das bisherige Problem war, dass in den oben erwähnten Staaten mit gehütetem Bankgeheimnis Bankinformationen nur in bereits gerichtlich anhängigen Steuerstrafsachen ausgetauscht wurden.

In anderen Staaten kann bereits bei Ermittlungen Einschau in die Konten erfolgen. (Andreas Schnauder, "Steueraustausch im Plan der Finanzarchitekten", in: "Der Standard" v. 21./22.2.2009, S 1

und 19). "Durch stärkere Formen der Druckausübung gegen wirtschaftliche Schurkenstaaten" sollen auch bisherige Abweichler (mit mangelnder Amtshilfe) in das straffe System der Finanzkontrolle einbezogen werden.

9. 2 BERATUNGSPFLICHTEN DES VERSICHERERS UND KORRESPONDENZPFLICHT

In der Diskussion um das Bestehen einer Korrespondenzpflicht ist in der Praxis bisher die Frage nicht erörtert worden, wie sich die Befragungs- und Beratungspflichten des novellierten Versicherungsvertragsgesetzes auf das Bestehen einer solchen Pflicht auswirken. Befragungs- und Beratungspflichten treffen nicht nur Versicherungsvertreter und Versicherungsmakler nach § 61 Abs.1 Satz 1 VVG. Auch Versicherer sind nach § 6 Abs. 1 Satz 1 VVG zur Befragung und Beratung verpflichtet. Nach Abschluss des Versicherungsvertrags besteht die dem Versicherer dem Versicherungsnehmer gegenüber obliegende Beratungspflicht gemäß § 6 Abs.4 VVG für die gesamte Dauer des Versicherungsverhältnisses fort. Dem prinzipiellen Unterschied zwischen der Vermittlung von Verträgen durch Vertreter (Verkauf für den Versicherer) und Makler (Einkauf für den Versicherungsnehmer) trägt das Gesetz mit der Vorschrift des § 6 Abs. 6 VVG Rechnung. Danach treffen die Versicherer dann keine Beratungspflichten gegenüber dem Versicherungsnehmer, wenn der Vertrag durch einen Makler vermittelt wird. (Rechtsanwälte Jürgen Evers und Reinhold Friele, Bremen, "Versicherungswirtschaft" Nr. 3/2009, S 199)

9. 3 EU ERHÖHT EINLAGENSICHERUNG BEI BANKEN STUFENWEISE AUF 50.000 BZW. 100.000 EURO

Diese Regelung ist auch für die Assekuranz von großer Tragweite. Versicherer überweisen aus Bestimmungen der (LV) Versicherungsverträge resultierende Leistungen in Form größerer Beträge nach ruinösen Unglücksfällen oder im Alter bzw. bei Invalidität in Form monatlicher Renten auf Bankkonten. Wenn diese aufgrund einer Bankpleite nicht ausbezahlt würden, könnte das auch dem Image der Assekuranz schwer schaden.

Nach dem Kollaps der Investmentbank "Lehmann Brothers" im Herbst 2008 bestand die Sorge, dass viele Bürger der EU ihre Konten oder Sparbücher aus Mangel an Vertrauen in die Banken plündern, um Geld oder Edelmetalle daheim zu horten. In solchen Fällen werden auch von Millionen verunsicherten Kunden Überlegungen über das Weiterführen von Lebensversicherungen getroffen, die als Kapitalsammelbecken von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sind.

Die EU-Finanzminister einigten sich deshalb im Oktober 2008 auf eine Erhöhung der Einlagensicherung auf 50.000 €. Im Detail heißt das: Auf Basis der seit 1997 existierenden verbindlichen EU-Richtlinie gibt es eine gesetzliche Verpflichtung für Banken, die ihnen in Krisenfällen (auf Basis ihrer Eigenkapitalaustattung) eine Teilnahme an Kundenentschädigungszahlungen vorschreibt.

Die neue, mit 30. Juni 2009 in Kraft tretende Regelung sieht vor, dass bei einer Bankpleite ein Kunde EU-weit einen gesetzlich einklagbaren Anspruch auf eine Einlagensicherung von bis zu 50.000 € (statt bisher 20.000) vorsieht. Wegfallen soll dann auch die bisherige Verlustbeteiligung des Einle-

gers in Höhe von 10% der Einlagen. Ende 2010 soll die Einlagensicherung nochmals und zwar auf 100.000 € angehoben werden. (www.spiegel.de/wirtschaft v. 30.11.2008)

9. 4 GESETZESRENTWURF ZUR KÜRZUNG VON MANAGERGEHÄLTERN IN BANKEN

Exzessive Bonuszahlungen verleiteten Finanzmanager in den letzten Jahren dazu, unverantwortbare Risiken einzugehen. Die Folgen erleben wir in der gegenwärtigen (dadurch entstandenen) Krise. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel kritisierte noch eine weitere unmoralische Vorgangsweise mancher Manager, sobald diese erfolgreich beim Staat Geld zur Stützung des Bankenbetriebes "erbettelt" haben. Dass nämlich Banken, die Staatshilfe in Anspruch nehmen, in vielen Fällen weiter Bonussummen an ihre Manager auszahlen.

Zu Jahresbeginn 2009 verkündete US-Präsident Barack Obama, dass bei staatsnahen Unternehmen und solchen, die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, die Gagen von Managern mit einer Obergrenze von 500.000 Dollar gedeckelt werden. Die Europäische Union unterstützt die Forderung nach Gagenobergrenzen. "Es wäre sinnvoll, wenn die EU-Mitglieder diesem Schritt folgten", betonte in einem Interview EU-Kommissionssprecher Jonathan Todd (o.A. "Staatshilfe mit Auflagen", in: "Der Standard" v. 7./8.2.09). "Es müsse" - so EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso - "ein System geschaffen werden, das die Gier nach schnellen Gewinnen zügelt, und in welchem Scheitern nicht belohnt wird". Die derzeitige skandalöse Situation umreißt Barroso mit den Worten: "Wir erleben eine Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Das ist ethisch nicht vertretbar." (Walter Friedl, "EU will Banker-Bonusgelder kappen", in: "Kurier" v. 22.2.09, S 7)

Einige Politiker wie z. B. der österreichische Kanzler, Werner Faymann, wollen bei den Managergagen nach US-Vorbild vorgehen. Faymann wörtlich: "Dort wo der Staat die Gage bestimmt, weil die Betriebe oder große Anteile davon dem Staat gehören, ist in Zeiten einer Wirtschaftskrise mit besonderer Sorgfalt vorzugehen. Wenn Sie mich fragen, wie ist das mit Dienstautos, Bonus, Gagen, dann sage ich, höchstmögliche Sparsamkeit und Demut sind angebracht. Das habe ich auch bei der Nationalbank klar formuliert."

Der Vorschlag des Deutschen Bundespräsidenten Köhler geht in Richtung einer Beteiligung der Mitarbeiter am Kapital eines Finanzdienstleistungsunternehmens statt der betragsmäßigen Limitierung von Managergehältern. Eine konkrete EU-Lösung gab es bei Redaktionsschluss des vorliegenden Beitrags noch nicht.

9. 5 EU-HILFSPAKET FÜR OSTEUROPA'S BANKENSYSTEM

Österreich warb seit Spätherbst 2008 für eine Osteuropa-Konjunkturstütze bzw. ein Bankenhilfspaket und wollte notfalls einen Alleingang starten. Österreichs und Deutschlands Wirtschaft kann nämlich in Osteuropa auch künftig gut verdienen. Es gab ersten Bilanzergebnissen zufolge für etliche Unternehmensgruppen - trotz der Krise - im Jahr 2008 Rekordgewinne, ohne dass deswegen die existenzbedrohenden Liquiditätsengpässe, in die andere Firmen gerieten, geleugnet werden sollen. Statt zu versuchen "mit Schwung die Talsohle zu überwinden", gab es pessimistische Bremser unter den EU-"Gewaltigen". Der österreichische Wirtschaftsredakteur, Peter Rabl, gab dazu folgenden Kommentar ab (P. Rabl,

"Hinter der Krise winken neue Chancen", in: "Kurier" v. 22.2.09, S 2): "Wirtschaft ist bekanntlich zu guten Teilen Psychologie. Die aber wird zu guten Teilen von Informationen gesteuert - richtigen und falschen. Dass und wie Österreich derzeit von angelsächsischen Wirtschaftsblättern niedergeschrieben und von den berüchtigten Ratingagenturen downgegradet wird, ist ein Beispiel für falsche, weil übertriebene Information"

Inwieweit dahinter ein Ablenkungsmanöver der Briten von eigenen Problemen stand, ist zumindest zur Diskussion zu stellen. Denn am 26./27. 2 verkündeten die Medien "Die Royal Bank of Scotland (RBS) hat mit einem Minus von 24,14 Mrd Pfund (27,13 Mrd Euro) im Vorjahr den höchsten Verlust in der britischen Wirtschaftsgeschichte geschrieben." (Vgl. o. A "Milliarden-Gräber der Banken", in: "Der Standard" v. 27.2.09, S 21), und das ohne das angeblich vorwiegend verlustträchtige Osteuropa-Engagement!

Österreichische Regierungsvertreter konnten in Brüssel überzeugende Argumente für (künftige)Chancen in Osteuropa bringen, die aber ohne Unterstützung nicht zu erreichen sind. Die Hilfe der Weltbank und des IWF reichen nicht aus. Das Zögern der Politiker könnte die EU Zehntausende Arbeitsplätze kosten, wurde betont (Regina Pöll, "EU-Nothilfe: Mitgliedsländer streiten ums Geld", in: "Die Presse" v. 24.2.09, S 17).

Die EU stimmte nach einigem Zögern - wahrscheinlich auch durch die ehrgeizigen US-Konjunkturpakete ermuntert - im Feber 2009 einem kurz- und mittelfristigen Hilfspaket zu. Denn dank der EU-Erweiterung habe man die wirtschaftliche "Spaltung Europas" überwunden. Das durchschnittliche Pro-Kopfeinkommen in Osteuropa lag 1999 bei 40% des Durchschnittseinkommens der west- und mitteleuropäischen Staaten, 2007 erreichte es 52%. Die nunmehr 27 Mitgliedsstaaten kommen auf insgesamt rund 30% des weltweiten Bruttoinlandsprodukts sowie 17% des Welthandels. Damit sind sie weltweit der größte gemeinsame Wirtschaftsraum. Ohne Osteuropa-Hilfspaket würde den neuen Ländern die "besondere Dynamik" ausgehen und die von westlichen Partnern getätigten Investitionen in "halbfertige" Straßenbau-, Industrie- und Dienstleistungsprojekte wären verloren. (o. A. "Fünf-Jahres-Bilanz/EU-Erweiterung: Gute Zeiten, schlechte Zeiten", in: "Die Presse" v. 21.2.09, S 15).

- In einer ersten Stufe wurden sofort 25 Mrd € zur Verfügung gestellt (Vgl. "Wiener Zeitung" v. 28.2.2009, S 26).
- Weiters wird die EU "ernstlich bedrohten" noch nicht EU-Ländern zusätzliche Kredite über sogenannte mittelfristige Finanzhilfen gewähren.
- Für die von den Auswirkungen der Finanzkrise besonders betroffenen EU-Mitgliedsländern (Süd)Osteuropas wurde der Hilfsfonds kürzlich von 12 auf 25 Mrd € aufgestockt.
- Die EU-Kommission hat sich Ende Feber 2009 aber auch für die Auflage regionaler Hilfsfonds für osteuropäische Mitgliedsländer ausgesprochen. Die EU peilt in diesem Zusammenhang für den Zeitraum bis 2013 Hilfen im Ausmaß von 160 Mrd € an. Der Großteil des Geldes soll dabei projektgebunden ausgegeben werden, und wird nicht den Regierungen der betroffenen Länder übermittelt.
- Die Hilfen der EU werden mit einer deutlichen Forderung an die westlichen Bankenzentralen verbunden, ihren Töchtern im Osten beizustehen. In manchen Fällen mit staatlicher Unterstützung. (o. A "Viele Wege führen zum rettenden Ufer", in: "Die Presse" v. 21.2.09, S 2).
- Kreditstop würde zu Osteuropa-Kollaps führen.

Schwellenländer können wegen der schwachen eigenen Volkswirtschaft kurz- und mittelfristig nur mit Hilfe von z.B. neuerrichteten Touristenzentren ziehen dann Hotels und Gastronomiebetriebe wohlhabendere in- und ausländische Gäste an. Es kommt einerseits zu Kapitalimport und andererseits fließt - bedingt durch einheimische Touristen - weniger Geld ins Ausland ab.

Über etliche Jahre (insbesondere 1999-2007) ging es den Haushalten und vielen Unternehmen in (Süd)Osteuropa immer besser. Jobs waren leicht zu finden, die Einkommen stiegen stetig. Aber noch schneller stiegen der Konsum und das Verlangen, rasch den Anschluss an den westeuropäischen Lebensstandard zu finden. Die Banken vor Ort - darunter oftmals österreichische - waren gern bereit, die Finanzierungslücke zu schließen. Hohe Liquidität auf den Kaitalmärkten und niedrige Risikokosten machten es ihnen leicht, den Heisshunger nach Krediten zu befriedigen. Den Menschen machten steigende Immobilienpreise und Aktienkurse Mut, sich weiter zu verschulden, und die Kredite mit ihren Vermögenswerten zu besichern. Als Folge stieg die Gesamtverschuldung der Privathaushalte in Ostmitteleuropa von 2002-2007 jährlich um durchschnittlich 44%. Einer im Februar 2009 veröffentlichten Studie der UniCredit zufolge, erreichte die Schuldensumme Osteuropas - inkl. Russland und zuzügl. Türkei - Ende 2008 den Betrag von 415 Milliarden Euro (Karl Gaulhofer, "Dem Konsumrausch folgt der Schuldenkater", in: "Die Presse" v. 21.2.09, S 8).

Der Schuldendienst ist in Osteuropa etwa doppelt so teuer als im Euroraum. Rund 20% des Einkommens mussten 2008 für Rückzahlung und Zinsen verwendet werden. Die Krise traf diese Länder einerseits über die Falle der Fremdwährungskredite und andererseits über den Verfall der heimischen Währungen. Um die eher dünne Eigenkapitaldecke aufzufetten, hatten Banken große Beträge in "besonders ertragreiche" amerikanische Wertpapiere veranlagt. Etliche Versicherer taten das gleiche mit ihrem Reservekapital, um zu Veranlagungsgewinnen zu kommen. Mit der aus den USA importierten Krise gerieten auch etliche österreichische Paradeunternehmen, wie die im Osten besonders engagierten Banken und Versicherungen, in den Strudel der Finanzkrise. Ost- und Westeuropa sind wirtschaftlich über zahlreiche Ex- und Importgeschäfte miteinander verkettet. Die Liquiditätskrise bzw. das Fehlen weiterer Osteuropa-Kredite würde auch eine Reihe west- und mitteleuropäischer Firmen in den Ruin treiben. Die Weltbank forderte daher die EU auf, das osteuropäische Bankensystem rasch zu stabilisieren.

Nicht Sparen wurde für 2009 als Schwerpunkt der Welt- bzw. EU-Wirtschaft festgelegt, sondern spezifische Konjunkturpakete. Eines der wichtigsten ist das Hilfspaket für Osteuropas Bankensystem. 120 Mrd US-Dollar (95,3 Mrd Euro) sind notwendig, um allein die Kreditinstitute in Osteuropa zu rekapitalisieren. Dieses Geld können die betroffenen Staaten nicht selbst aufbringen. (Matthias Auer, "Banken im Osten brauchen 120 Mrd Dollar", in: "Die Presse" v. 24.2.09, S 19)

Mit Krediten wurden in Osteuropa neue wettbewerbsfähige Unternehmen errichtet, eine Modernisierung des Verkehrsnetzes, Tourismus, Bildungs- und Gesundheitswesens etc. eingeleitet. Die Versicherungswirtschaft zur Besicherung der Kredite und zur Lösung wichtiger Aufgaben des Risikomanagements herangezogen. Die Entwicklungsarbeit dieser Zukunftsmärkte darf nicht unterbrochen werden.

9. 6 EU VERORDNET BANKEN RASCHERE ÜBERWEISUNGEN IM ZAHLUNGSVERKEHR

Im Zuge der Krisenbewältigungsmaßnahmen wird gegen das Bankgeheimnis sowie die überhöhten Managergagen vorgegangen. Ebenso sorgt die EU Richtlinie 2007/64/EG für weitere Herausforderungen. Im Interesse vieler Kunden soll diese Richtlinie einen einheitlichen Rechtsrahmen für Zahlungsdienste schaffen, indem sie ein erhöhtes Tempo bei Überweisungen, erweiterte Informationspflichten und einheitliche Haftungsbestimmungen verlangt. Spätestens ab 2012 dürfen Überweisungen in ganz Europa nur noch einen Tag dauern. Bisher konnten Banken insbesondere bei grenzüberschreitendem Geldtransfer durch verzögerte Überweisungen zu Zusatzeinkünften auf Kosten des Kunden gelangen. Bei Währungen mit Kursschwankungen gab es für Kunden oft besonders böse Überraschungen.

Österreich leitete schon zur Jahreswende 2008/09 verschärfte Übergangsbestimmungen ein, die den Banken enorme IT-Umstellungsarbeit aufzwingt. Ab 1. November 2009 tritt in Österreich das Zahlungsdienstegesetz (ZaDiG) in Kraft. Es schreibt vor, dass Überweisungen im Inland und in der gesamten EU nicht länger als drei Tage dauern dürfen, ab 2012 dann nur mehr einen Tag. Wird der Zahlungsauftrag in Papierform (Zahlschein) erteilt, kommt jeweils ein Tag dazu. Unabhängig wieviele Banken in die Transaktion involviert sind, muss der Dienstleister dafür sorgen, dass der Betrag fristgerecht und in voller Höhe ankommt.

